

**KEIN
APPLAUS
FÜR SCHEISZE**

**STREITSCHRIFT
GEGEN DEN
TAG DER
DEUTSCHEN
EINHEIT**



ÜBER DIESE BROSCHÜRE

Ziel dieser Broschüre ist es, Hintergründe und Missstände, die in Verbindung zum TdDE als „Nationalfeiertag“ stehen, aufzuzeigen und Kritik zu üben an der überwiegend positiven Wahrnehmung breiter Teile der deutschen Gesellschaft. Die nachfolgenden Texte wollen daher kritische Blicke auf diesen Tag, seine Entstehung und Entwicklung sowie die grundsätzlich mit Nationalismus verbundenen Probleme werfen. Eine damit einhergehende linkspolitische oder linksradikale Deutung der Geschehnisse und Entwicklungen bleibt hierbei nicht außen vor. Dabei erscheint es jedoch auch wichtig, neben linken Aktivist*innen auch Menschen anzusprechen, die nicht in den entsprechenden Kreisen aktiv sind. Wir müssen uns bemühen, antirassistische, antikapitalistische und vor allem auch antinationale System-Kritik in die (auch nicht politisierte) Gesellschaft zu tragen, um den aktuellen Geschehnissen und einer zunehmend dunkler werdenden Zukunft entgegenzuwirken. Diese Broschüre soll einen Beitrag dazu leisten.

IN DIESER BROSCHÜRE VERÖFFENTLICHTE TEXTE

DDR – MACHT – DEUTSCHLAND

— *AlKi*

AlKi - freier Journalist in Köln, Jahrgang 1949, links-politisch aktiv seit den späten 1960er Jahren, Gewerkschafts-, Asyl- und kritische Pressearbeit vor allem in Köln - beschreibt und analysiert aus historisch-politischer Sicht den Entstehungsprozess der Wiedervereinigung. Er benennt soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beweggründe und Folgen der Einigung von 1989 und formuliert ein kritisches Statement zum 3. Oktober als „Feiertag“ unter Bezugnahme auf die gegebenen Faktoren.

SEITE 4

„WER DEUTSCHLAND NICHT LIEBT, HAT DEUTSCHLAND VERSTANDEN“ – ANEKDOTEN ZUR WIDERWÄRTIGKEIT DIESES LANDES

— *andere zustände ermöglichen* [*aze]

*aze ist eine Polit-Gruppe aus Berlin, die sich mit den bestehenden Zuständen nicht abfindet und sich an emanzipatorischen Kämpfen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft beteiligt.

In ihrem Artikel geben sie mit besonderem Blick auf die deutsch-griechische Geschichte dem linksradikalen Antinationalismus ein paar historische Verankerungen an die Hand.

SEITE 13

25 JAHRE DEUTSCHE MORDE

— *Autonome Neuköllner Antifa* [ANA]

Die Autonome Neuköllner Antifa (ANA) ist eine antifaschistische Gruppe aus Berlin. Die Bekämpfung neonazistischer Strukturen und die Auseinandersetzung mit den rassistischen Verhältnissen in Staat und Gesellschaft bilden zwei Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Ihr Beitrag fokussiert sich auf rassistische Morde in Berlin. Die ANA hat ein Interview mit einer Vertreterin der „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektas“ geführt, die darin unter anderem über den Umgang mit Hinterbliebenen, das Verhalten der Justiz und den grundlegenden Umgang mit rassistischen Morden in der deutschen Gesellschaft spricht.

SEITE 19

KEIN APPLAUS FÜR SCHEISZE!

„Grenzen überwinden. Wir feiern 25 Jahre Tag der deutschen Einheit.“ So lautet der öffentliche Aufruf zu den diesjährigen Feierlichkeiten rund um den 3. Oktober in Frankfurt am Main. Das Datum steht stellvertretend für die Wiedervereinigung Deutschlands und offenbar für die Rückbesinnung auf eine vermeintlich national-gesellschaftliche Identität und Zugehörigkeit.

Grenzen überwand zwar unter anderem die eingebildete „friedliche Revolution“, doch selbst um die geht es nur am Rande. Welche Grenzen überwinden wir wohl mit dem 3. Oktober? Der friedliche Charakter dieses „Neubeginns“ wurde zumindest zum gern verwerteten politischen Aushängeschild. So bemerkte Richard von Weizsäcker beim Staatsakt am 3. Oktober 1990: „Unsere Einheit wurde niemandem aufgezwungen, sondern friedlich vereinbart“. Angela Merkel bemerkte zum TdE im Jahre 2014, dass die Ereignisse von 1989 und 1990 für „den Sieg der Freiheit über die Unterdrückung“ stünden und „wir in 24 Jahren Deutsche Einheit nicht alles falsch, sondern vieles richtig gemacht haben“. Richtig! Was, wenn nicht kapitalistische Verwertungslogik und die exportierte Armut bieten so einen willkommen Grund sich vor der ganzen Welt aufzuspielen und zu feiern?

DEUTSCHLAND IM SCHWARZ-ROT-GOLDENEN FREUDENTAUMEL

Anlässlich des Jubiläums lädt das mit der Austragung betraute Land Hessen 2015 zu einem „bunten Bürgerfest“ mit dreitägigem Programm inklusive ökumenischem Gottesdienst und verkaufsoffenem Sonntag in die Main-Metropole ein. Endlich mal wieder den eigenen Nationalstolz unverkrampft bei Bratwurst und Bier rauslassen können. Schließlich ist die letzte WM schon wieder ein paar Tage her. Und dann auch noch zwischen so hochrangigen Gästen wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ex-Sowjetpräsident Michail Gorbatschow und unser aller Lieblings-Antikommunisten Joachim Gauck. Doch was wird hier eigentlich mit Konsum und Glaube gefeiert?

Der Ausverkauf einer bereits ruinierten DDR-Wirtschaft? Niedrige Sozialleistungen? Billige Arbeitskräfte? Das Erstarken von Nationalismus und Rassismus? Die hermetische Abriegelung der Festung Europa? Repression und Ausgrenzung? Oder einfach die wachsende hegemoniale Rolle Deutschlands innerhalb der EU?

Was soll an Kapitalismus, Nation und Volk zu feiern sein? In diesem Bezug gibt es nichts, auf das mensch auch nur ansatzweise stolz sein könnte.

„WENN DIE NATIONALE BORNIERTHEIT ÜBERALL WIDERLICH IST, SO WIRD SIE NAMENTLICH IN DEUTSCHLAND EKELHAFT...“ – KARL MARX

Während Südeuropa zunehmend zerbricht, hetzt Deutschland weiter gegen Griech*innen und arbeitet am Ausbau seiner Hegemonialstellung innerhalb der EU. Von den eigenen unbezahlten Nazischulden spricht mensch indes lieber nicht. Die Großmachtfantasien Deutschlands hingegen, sprechen sich innerhalb Europas sehr wohl herum.

Die deutsche Austeritäts-Politik verursacht in ganz Europa soziales und wirtschaftliches Elend, intensiviert innergesellschaftliche Gegensätze, fördert die systematische Ausbeutung der Menschen durch kapitalorientierte Wertschöpfung und sorgt für rassistische Ausgrenzung. Darüber hinaus bestehen weiterhin rassistisch motivierte Bewegungen und Gruppen, die mit primitivsten populistischen Mitteln eine brutale Hetzjagd gegen Migrant*innen und Geflüchtete heraufbeschwören. Kaum ein Tag vergeht, an dem keine noch so schlechte Bedingungen bietende Geflüchtetenunterkunft angegriffen wird. Als vermeintliche Lösung wird die Geflüchtetenabwehr bereits im Mittelmeer auf brutalste Art und Weise intensiviert.

Nicht, dass das Motto „Grenzen überwinden“ nicht sowieso schon perfide genug wäre. Vor dem Hintergrund der eben erwähnten und für alle sichtbaren menschenunwürdigen Haltungen und Aktivitäten in Deutschland erscheint die Wahl des Mottos umso widerwärtiger.

DEUTSCHLAND BLEIBT SCHEISZE!

Deutschland bleibt eine politische Kulisse des Kapitalismus. Mit ihm ist die befreite Gesellschaft nicht zu machen. Noch immer gilt es „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx). Dies ist und bleibt die Aufgabe einer radikalen Linken und die Einheitsfeierlichkeiten bieten durchaus einen Anlass zu zeigen, dass die herrschende Politik nicht alternativlos ist.

Daher rufen wir dazu auf die diesjährigen Feierlichkeiten in Frankfurt zu stören und an den Aktionen vor Ort teilzunehmen!

Am 3. Oktober 2015 nach FFM!

Nationalismus und Kapitalismus sind kein Grund zu feiern!

Für den Kommunismus!

THEORIE, KRITIK & AKTION | BERLIN [TKA]

TKA.BLOGSPORT.DE

von **Alki**, freier Journalist in Köln

Das 1990 die Übernahme der DDR durch die BRD gelang, ist ohne einen Blick auf gescheiterte antikapitalistische und revolutionäre Hoffnungen in der jüngeren Geschichte nicht zu verstehen. Gescheitert sind sie an der Macht und Entschiedenheit ihres Gegners, aber auch an inneren Widersprüchen und Unzulänglichkeiten.

Das Massentöten und das Massensterben unter der deutschen Terrorherrschaft und im Krieg konnte eines nicht aus der Welt schaffen: die Hoffnung auf ein besseres Leben und eine gerechte Gesellschaft. Noch in den Konzentrationslagern der Nazis formulierten politische Häftlinge zum Beispiel das Buchenwalder Manifest der deutschsprachigen Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen im KZ. Einige Kernpassagen lauten:

„Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben. Unsere ersten Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, alle gesellschaftlichen Erscheinungen dieser blutigen Unterdrückung des Lebens für immer zu beseitigen. Diese riesenhafte Arbeit kann nur geleistet werden, wenn sich alle antifaschistischen Kräfte zu einem unverbrüchlichen Bündnis zusammenschließen. Zuerst sind in allen Orten antifaschistische Volksausschüsse zu bilden, die so bald als möglich durch Heranziehung antifaschistischer Organisationen auf eine urdemokratische Grundlage zu stellen sind. Aus diesen Volksausschüssen ist für das ganze Reich ein deutscher Volkskongress zu berufen, der eine Volksregierung einzusetzen und eine Volksvertretung zu wählen hat.

Die bürgerlichen Freiheiten der Person, des Glaubens, des Denkens, der Rede und Schrift, der Freizügigkeit und des Koalitionsrechts sind sofort wieder herzustellen. Aufbau und Führung der Volksrepublik sind nur möglich, wenn die Massen der Werktätigen in Stadt und Land in ihr ihren Staat sehen, ihn bejahen und immer bereit sind, für diesen Staat einzustehen. Sie werden das nur tun, wenn die Volksrepublik die Arbeit aus der unerhörten Ausbeutung und Entrechtung, die die Kapitalistenknechte der NSDAP über sie verhängt haben, befreit und ein menschenwürdiges Dasein aller Arbeitenden schafft und garantiert. Deshalb sind die Sozialpolitik und die Sozialversicherung den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechend zu gestalten.“ Das Manifest fordert außerdem die „Sozialisierung der Banken und Versicherungsanstalten“ und „Staatsmonopole für Massenverbrauchsgüter“.

Auch wenn dieses Manifest für viele Inhaftierte aus dem kommunistischen Widerstand unzureichend war - ihnen fehlte die vollständige Absage an das kapitalistische Privateigentum als Kernursache des Faschismus - hätte es auch in ihren Augen handlungsleitend für die Zeit nach der Niederlage des „Hitlerismus“ werden können. Denn im Sinne einer antifaschistischen Bündnisplattform wurden die Aussagen des Manifestes selbst von ehemaligen Zentrums- und späteren CDU-Mitgliedern getragen. Was sich nicht zuletzt im Ahlener Programm der CDU in NRW von 1947 widerspiegelte, dessen Eingangssatz lautet: *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“* und in dem eine Teilverstaatlichung der Großindustrie gefordert wird.

Tatsächlich versuchten sowohl in den drei (US-amerikanisch, britisch und französisch verwalteten) Westzonen als auch in der (sowjetisch verwalteten) Ostzone antifaschistische und antikapitalistische Kräfte in diesem Sinne den Wiederaufbau zu organisieren, und zwar in sogenannten Antifaschistischen Komitees bzw. Ausschüssen. Allerdings wurde ihre Arbeit im Westen sehr schnell von den alliierten Kräften behindert und verboten. In einigen Städten gelang den Ausschüssen zwar noch die Entnazifizierung der Verwaltung oder sogar die Übernahme einzelner Betriebe. Aber die Wiederaufbau-Konzeption der Westalliierten war auf die Wiedererrichtung der kapitalistischen Ordnung und des parlamentarischen Systems ausgerichtet; und dem konnten die Ausschüsse bereits wenige Monate nach Kriegsende nichts mehr entgegensetzen. Die Alliierten verhinderten im Westen massive Enteignungen – bis auf die Entflechtung der IG-Farben und der Montankonzerne Krupp und Thyssen – und auch die von Vielen erhoffte Verstaatlichung der Banken und Versicherungen fand nicht statt. Statt der antifaschistischen Volksausschüsse wurden traditionelle Parteien gefördert und wieder zugelassen, die Gründung der parlamentarisch verfassten Bundesrepublik wurde vorbereitet und im Mai 1949 auch durchgeführt. Fünf Monate später erfolgte die Gründung der DDR.

So mündete der Zweite Weltkrieg zwar in die Niederlage des großdeutschen Nationalsozialismus, der aggressiv und brutal die Machtverhältnisse in der Welt zu seinen Gunsten verändern wollte. Aber die Koalition aus Staaten, die gegen die Nazis ein zeitweiliges Bündnis eingegangen waren und den Sieg über das Regime trotz ihrer gegensätzlichen Gesellschaftssysteme erkämpft hatten, löste sich schnell auf. Unmittelbar nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 brachen diese Widersprüche auf und die unterschiedlichen weltpolitischen Strategien der

beiden Blöcke forcierten die unterschiedliche Entwicklung der drei West- und der Ostzone Deutschlands.

DDR-GRÜNDUNG ZWISCHEN HOFFNUNG UND STALINISMUS

Auch in der DDR hatten die Antifaschistischen Ausschüsse keine Zukunft. Sie wurden der Parteigründung von KPD und SPD geopfert und deren Zusammenschluss zur SED. Das zentralistische Verständnis vom Aufbau einer staatlichen Ordnung und auch von der Funktionsweise der Arbeiterbewegung blockierte die (auch in vielen Revolutionen) spontan entstandenen Versuche, Machtbefugnisse in die Hände nur schwer kontrollierbarer Zusammenschlüsse von Aktivist*innen zu legen. Natürlich war auch die Sorge groß, dass sich die NS-Täter*innen und -Mitläufer*innen bald wieder hervorwagen und dort breit machen könnten. Und schließlich hatte die Ermordung zehntausender Kommunist*innen und Antifaschist*innen die Basis für eine handlungsfähige Massenorganisation, wie sie die Antifaschistischen Ausschüsse hätten werden sollen, stark geschmälert.

Dennoch erhielten kommunistische und auch viele linkssozialdemokratische oder sozialistische Überlebende des Naziregimes unmittelbar nach 1945 grundsätzlich die Unterstützung der sowjetischen Befreier*innen. Der Aufbau staatlicher Ordnung in vielen Ortsgemeinden wurde in die Hände von ehemaligen KZ-Insass*innen aus dem antifaschistischen Widerstand gelegt. Nach der Gründung der DDR 1949 wurde allerdings die mittlerweile aus KPD und SPD gebildete SED immer straffer zentralisiert. Oppositionelle Kräfte, auch aus dem kommunistischen Lager, wurden ausgeschaltet, allein 1951 wurden über 150.000 Parteimitglieder ausgeschlossen. Die Säuberungen waren sicherlich auch auf Angst vor Infiltrationen durch den Westen zurückzuführen. Außerdem war der „Kalte Krieg“ zwischen den Systemen 1950 im Koreakrieg eskaliert, in dem die USA und Südkorea im realsozialistischen Nordkorea mehr Napalmbomben als später in Vietnam warfen und über 2 Millionen Zivilisten ermordeten.

Die Entstalinisierung in der Sowjetunion und den befreundeten Staaten ab 1956 drängte zwar die brutalsten Formen der Unterdrückung auch in der DDR zurück, zahlreiche Verurteilte wurden rehabilitiert. Aber die politischen Grundrechte, deren Umsetzung in der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 gefordert wurde, blieben weitgehend Papier und hatten zudem auch im ideologischen Konzept geringere Relevanz als die sozialen Rechte. Es galt zwar das Recht auf Arbeit, wer je-

doch die verkrusteten, autoritären oder korrupten Realitäten in der DDR kritisierte, konnte schnell mit der Ausbürgerung bestraft werden, in Haft geraten oder „nur“ das Verbot kassieren, eine Universität zu besuchen.

FÜNFTE KOLONNEN AUF BEIDEN SEITEN

Peter Brückner hat formuliert, dass „für die DDR wie für die BRD der Klassenfeind jeweils extern organisiert“ gewesen ist. Was heißen soll: wer in der BRD oppositionell aufgetreten ist, bekam um die Ohren gehauen: „Geh doch nach drüben!“ Und wer in der DDR das Regime kritisierte, galt als westlich finanzierte*r Unterwander*in.

Solche Zwangszuschreibungen hatten erhebliche Konsequenzen für die Möglichkeiten, unabhängige und radikale Opposition zu entwickeln. Im Westen war die antikapitalistische Opposition im Prinzip zwischen Vasall*innen der DDR und denen gespalten, die die DDR für ein Regime hielten, das kaum unterscheidbar von den westlichen Staaten war. Der größte Teil der antikapitalistischen Opposition, eingeschlossen die undogmatische Linke, verweigerte sich der kritischen Auseinandersetzung mit der DDR und den dortigen Entwicklungen, Hoffnungen und Verwerfungen.

Die Ironie dabei: Nicht nur die DKP und zahlreiche links-sozialdemokratische Oppositionelle, sondern auch die militanteste Opposition der BRD, die RAF, wurde finanziell von der DDR unterstützt. Und umgekehrt organisierten die Ostbüros der Westparteien, besonders der SPD, dauernde Störversuche und Sabotageakte in der DDR. Von der Einflussnahme auf die Streikaktionen am 17. Juni 1953 bis hin zur Umleitung von Nahrungsmittelimporten aus Polen in die DDR, die durch Fälschung von Frachtbriefen auf dem Müll landeten. Ohne die Unzufriedenheit unter weiten Teilen der Bevölkerung der DDR auf Versorgungsmängel und die Beschränkungen demokratischer Rechte hätten sie allerdings nicht agieren können.

STURM AUF DIE BASTILLE?

Die Mitte der 80er Jahre immer stärker werdenden Protestbewegungen in der DDR speisten sich aus der Kritik an den undemokratischen Zuständen im Land, an der verheerenden Umweltverschmutzung durch die DDR-Industrie und an den Privilegien der Regime-Elite. Das Neue Forum als oppositionelle Sammelbewegung

formulierte seine Position so: *„Das NEUE FORUM ist eine demokratische Organisation zur Erneuerung der DDR nach 40 Jahren Alleinherrschaft der SED. Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Diese Ziele verfolgt das NEUE FORUM als politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern nach demokratischen Prinzipien.*

Die notwendige Umgestaltung des administrativen Sozialismus in der DDR wird vom NEUEN FORUM auf der Basis geltenden internationalen Rechts sowie einer vom Volk getragenen Verfassung der DDR betrieben und unterstützt. Das Programm des NEUEN FORUMS trägt offenen Charakter. Es ist deshalb durch die verantwortungsbewusste Mitarbeit aller engagierten Bürgerinnen und Bürger der DDR permanent zu überprüfen sowie in demokratischer Verfahrensweise zu aktualisieren. Die Haltung des NEUEN FORUMS ist antirassistisch, antifaschistisch, antimilitaristisch und antinationalistisch.“ Das Programm des Neuen Forum wird hier stellvertretend für die Diskussion zitiert, die keinen Anschluss der DDR an die BRD wollte und die auch nicht anti-sozialistisch war. So heißt es im zitierten Programm zum Punkt Wirtschaft: „In der DDR ist eine Wirtschaftsreform vorzunehmen, die verschiedene Eigentumsformen nebeneinander zulässt: staatliches Eigentum auf Landes- und Länderebene, kommunales Eigentum, Eigentum von Volks- und Betriebsaktien, genossenschaftliches und privates Eigentum. Planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen müssen sich einander ergänzen. Die Bodenschätze, Luft und Wasser gehören dem Volk, und der Staat verfügt im gesamtgesellschaftlichen Interesse planend darüber.“

Der sogenannte Dritte Weg, den viele Oppositionelle in der DDR in den 80er Jahren für richtig und für möglich hielten, war eine klare Kampfansage nicht nur an die SED, sondern auch an die Pläne der wirtschaftlich und politisch Mächtigen im Westen, für die Kapitalismus und parlamentarische Demokratie die einzig denkbare Option in der DDR waren. Deren Entschiedenheit wurde allerdings völlig unterschätzt.

TREU? HAND? FAUST?

Am 9. November 1989 beschloss das ZK der SED unter dem Druck einer Massenflucht von DDR-Bürger*innen über Ungarn in den Westen eine Erleichterung der Reiseregulungen. Am nächsten Tag ab 8 Uhr konnten DDR-Bürger*innen ihr Visum ohne Antragsvorlauf und Wartezeit bei den Behörden abholen, lautete die Anordnung. Wenige Stunden später war in Berlin die Mauer „offen“, eingerissen

von Tausenden von Menschen, unbehindert von der Volkspolizei. Zeitgleich rief das Neue Forum in Leipzig zu einer Schweigedemonstration zum Gedenken an die Pogrome am 09.11.1938 auf.

In der Folgezeit überstürzten sich die Ereignisse: Am 13. November 1989 wählte die Volkskammer den „Hoffnungsträger“ Hans Modrow zum Regierungschef, am 3. Dezember 1989 trat der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz zurück, die Partei verzichtete auf ihre „führende Rolle“. Am 18. März 1990 wurde eine neue Volkskammer gewählt, zum ersten Mal bei offener Grenze zum Westen und deshalb unter heftigster Einflussnahme der BRD-Parteien auf die zur Wahl gestellten Parteien in der DDR und den Wahlkampf selbst. Die „Allianz für Deutschland“ (AfD!!), ein CDU/CSU-Ableger, erzielte über 48% der Stimmen, Lothar de Mazière, nicht zu verwechseln mit dem heutigen Innenminister Thomas de Mazière, einem Cousin von Lothar, wurde Ministerpräsident und organisierte den Ausverkauf und die Übergabe der DDR an die BRD. Am 1. Juli 1990 übernahm die DDR die Wirtschafts- und Rechtsordnung der BRD. Am 23. August legte die Volkskammer den Beitrittstermin der DDR zum Grundgesetz der Bundesrepublik (mehr oder weniger willkürlich) auf den 3. Oktober 1990 fest.

Der Einsatz der westdeutschen Politikerkaste gegen die Versuche, die DDR als einen selbständigen Staat zu erhalten und dort eine freie und sozialistische Entwicklung einzuleiten, war gigantisch. Geld, Versprechungen, Posten, Propaganda: in dieser Schlacht kamen die hoffnungsvollen Ansätze in der DDR hoffnungslos unter die Räder.

Exekutor des Ausverkaufs war die sogenannte Treuhand-Anstalt. Ihr wurde das gesamte Volkseigentum der DDR „treuhänderisch“ übergeben. Die Gründung der Anstalt wurde noch von der Modrow-Regierung vorgenommen, nach dem Beitritt der DDR zur BRD wurde sie dem Bundesfinanzministerium unterstellt und durch hochrangige westdeutsche Polit- bzw. Konzernmanager*innen geleitet (zuerst Rohwedder, vormals Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG; danach Birgit Breuel, vormals niedersächsische Wirtschaftsministerin) und hatte die Aufgabe, 8.500 Betriebe mit mehr als 4 Millionen Beschäftigten zu privatisieren.

Bevor Rohwedder an die Spitze der Treuhand rückte, beschrieb er die Gier der BRD-Konzerne auf die DDR-Wirtschaft im Januar 1990 in einem Interview: „Wir sind in den Startlöchern. Es gibt kaum ein großes Unternehmen, in dem sich

nicht ganze Stäbe damit befassen.“ Lothar Spät, damals Ministerpräsident von Baden-Württemberg, antwortete einen Monat später auf die Feststellung der Stuttgarter Zeitung am Ende eines Interviews mit ihm: „Das heißt, dass Sie die bedingungslose wirtschaftliche Kapitulation der DDR einfordern.“ - „Ich sage mal ganz brutal: ja.“ Der berüchtigte Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“) übernimmt im selben Monat die Leitung des Büros „Nationale Währungsfragen“ im Bundesfinanzministerium. Auch er hält fest, Grundbedingung für eine Währungsreform in der DDR als erster Schritt der Übernahme durch den Westen sei: „Die D-Mark kann nur im Austausch gegen einen vollständigen Systemtransfer hingegeben werden.“

Doch schon bevor die Treuhand ihre Arbeit aufnahm, nämlich diese Betriebe entweder an interessierte bundesdeutsche oder internationale Konzerne zu verkaufen oder sie zu schließen, waren die westdeutschen Konzerne selbst in die noch souveräne DDR eingerückt.

Die Deutsche Bank machte zu dem Zeitpunkt bereits Nägel mit Köpfen: Hinter dem Rücken offizieller Stellen schließen (durch das Versprechen auf spätere lukrative Posten bestochene) Vertreter*innen der Staatsbank der DDR und der Deutschen Bank einen Vertrag. Er sichert der Deutschen Bank 49 Prozent der Anteile der Staatsbank und 122 Bankfilialen inklusive entsprechendes Know How. Dafür wird kein Kaufpreis verlangt und gezahlt. Einzige vage, weil nicht einmal konkret ausformulierte „Gegenleistung“: die Deutsche Bank soll in die Infrastruktur der Staatsbank investieren.

Auf ähnliche Weise wird die „Staatliche Versicherung“, ein Monopol in der DDR auf alle Arten von Versicherungen, geschluckt. Von der Allianz. Bereits 5 Tage nach dem Mauerfall erteilt der Chef des westdeutschen Versicherungskonzerns den Auftrag, die Übernahme der „Staatlichen“ zu organisieren. Am 8. März 1990 segnet der Ministerrat der DDR das Geschäft ab.

Mittlerweile haben 140 BRD-Unternehmen, unter ihnen VW, Krupp, Siemens und Thyssen, die Pharmaindustrie, die Einzelhandelskonzerne, die Energieriesen, über 1.100 sogenannte Kooperationen mit DDR-Firmen abgeschlossen. Abgerechnet wird in D-Mark, in die Führung der DDR-Firmen ziehen westdeutsche Manager*innen ein.

Volksaktien, d.h. Anteilscheine, die gleichmäßig an die Bewohner*innen der DDR ausgestellt werden, um jedem*jeder von ihnen einen Anteil an dem von ihnen allen geschaffenen Volkseigentum zu überschreiben, für das sie immerhin 40 Jahre gearbeitet haben, werden zwar im nun beginnenden Wahlkampf thematisiert. Aber mit ihrem laut tönenden Versprechen auf die baldige Einführung der D-Mark, mit der alles besser werde, durch die alles im Sinne der Bewohner*innen der DDR geregelt werde und die für blühende Landschaften sorgen werde, kann die westdeutsche Bundesregierung solche Pläne propagandistisch wegdrücken. Ebenso die Versuche von Belegschaften, ihre Betriebe selber weiterzuführen und zu übernehmen. An den Straßen stehen Bäuer*innen der LPGs, die ihre Produkte feil bieten – während die gesamte Einzelhandelsstruktur der HO von den westdeutschen Konzernen wie REWE, Edeka u.a. übernommen wurden und nur Produkte ihrer Zuliefer*innen abnehmen. Der Vernichtungswille ist offensichtlich.

Auf 600 Milliarden D-Mark schätzen Vertreter *innen der DDR-Regierung den Wert der DDR-Wirtschaft. Andere sehen in der Zahl den Versuch, den wirklichen Wert der Betriebe und Grundstücke im Interesse der Aufkäufer*innen aus dem Westen herunterzurechnen, tatsächlich müsse man von 1 oder gar 2 Billionen D-Mark reden. Für 34 Milliarden Euro haben West-Konzerne dieses Vermögen übernommen. Auf dem Papier weist die Treuhand am Ende ihrer Transaktionen „nur“ 245 Milliarden D-Mark Verlust aus. Wie viel kriminelles Manövrieren und Sabotieren für diese Differenz verantwortlich ist, hat bislang niemand herausgefunden. Bis 2050 sind viele Unterlagen der Treuhand über ihre dubiosen Geschäfte „aus steuerrechtlichen Gründen“ gesperrt, können also nicht eingesehen werden. Doch schon jetzt steht fest, dass diese Form der wirtschaftlichen Machtübernahme ein gigantischer Betrug der DDR-Bevölkerung durch westliche Konzerne und ihre politischen Helfer*innen gewesen ist. Zur Folge hatte dieser Raubzug eine Deindustrialisierung ganzer Landstriche, die weit über das unausweichliche Ende von in einem gemeinsamen kapitalistischen Markt nicht mehr konkurrenzfähigen DDR-Betrieben hinausging. Die Folge war auch die Vernichtung von wahrscheinlich zwei Millionen Arbeitsplätzen und die Übernahme fast der gesamten wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt durch Konzernvertreter des Westens.

TODE – FEIERN OHNE GRUND

Damit ist eine Tatsache nicht geleugnet: die DDR-Bevölkerung erhielt nach dem Anschluss an die BRD politische Freiheiten, die ihnen in der DDR vorenthalten wor-

den waren. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Reisefreiheit – um nur zwei zu nennen, für die 1989 Hunderttausende auf die Straße gegangen waren – gilt seitdem auch für sie. Mit den üblichen Einschränkungen in einer kapitalistisch bestimmten formalen Demokratie: wer das Geld nicht hat, kann nicht reisen und wer den Mund aufmacht, wird noch lange nicht gehört, geschweige denn, dass er*sie Einfluss erhalte.

Diese Erkenntnis hat sehr schnell in weiten Teilen der ehemaligen DDR-Bewohner*innen für Ernüchterung gesorgt, und noch mehr die weiterhin grassierende Erwerbslosigkeit besonders im Osten dieser Republik mit der Entwürdigung und Entrechtung von Erwerbslosen durch die Hartz-Gesetze und ihre Behörden. Die Brutalität des Kapitalismus, der eben nicht freundlich Bananen verteilt, sondern seine Untertanen in erschreckende Konkurrenzkämpfe und Entsolidarisierungen treibt, hat allerdings bislang nicht dafür gesorgt, dass sich die Menschen erneut gegen die Verursacher*innen dieses Elends aufbäumen. Eher hat er viel zu viele gegen einen phantasierten Gegner in Stellung gebracht, die „Ausländer*innen“. Der Rassismus als durch geschickte Propaganda zur Verfügung gestelltes, geformtes und als verständlich geduldetes Ventil ist leider gerade im Osten weit verbreitet.

Was gibt es da also zu feiern?

„WER DEUTSCHLAND NICHT LIEBT,

HAT DEUTSCHLAND VERSTANDEN“ –

ANEKDOTEN ZUR WIDERWÄRTIGKEIT DIESES LANDES

von *andere zustände ermöglichen* (*aze)
aze.blogspot.eu

Angesichts des 3. Oktobers 2015 wird augenfällig, dass 25 Jahre deutsche Einheit vor allem eines heißen: das post-nazistische Deutschland ist seine Vergangenheit nicht los geworden. Mehr noch, auch heute kann es von ihr profitieren. Sie zeigt sich in den braunen rassistischen Mobs auf der Straße, an den eifrigen Verständnisbekundungen der Medien und Politiker*innen gegenüber Pegida & Co., an der deutschen Migrationspolitik genauso wie im deutschen Krisenregime.

In den Verhandlungen mit der linken griechischen Regierung diktieren Schäuble und Konsorten eine weitere Verschärfung des sozialen Elends und eine Verewigung der Perspektivlosigkeit. Während in den Jahren zuvor die deutsche Regierung noch die Autorität „der Finanzmärkte“ und die „Wettbewerbsfähigkeit“ in der globalen kapitalistischen Konkurrenz als richtende und alternativlose Instanz im Unterdrückungsverhältnis zu Griechenland anführte, hat sie sich von diesen ökonomischen Sachzwängen emanzipiert: Es herrscht die deutsche Lust am Leiden anderer. Das mit Ängsten und Sorgen der Deutschen spielende Krisennarrativ, das auch die griechische Bevölkerung psychologisiert (Stichwort: faule Griechen) eignet sich dabei sowohl für die nationalistisch-chauvinistische Hetze von Politik und staatstragenden Medien, scheint aber auch eine linke Gegenrhetorik schwieriger zu machen; die Frage der kapitalistischen Krise wird dann oft auf eine Frage nationaler demokratischer Selbstbehauptung in Würde und Stolz reduziert. Die Dominanz deutscher Ideologie konnte entsprechend moralisch kritisiert werden, bei M18 in Frankfurt am Main gab es sogar Kratzer im Lack des Krisenregimes, ein auf die spezifische Situation ausgerichtetes Gegennarrativ konnte sich gesellschaftlich gesehen aber immer noch nicht genügend durchsetzen. Dieser Text soll mit besonderem Blick auf das deutsch-griechische Verhältnis einige Punkte anreißen, die verstehen helfen, wie Deutschland zu dem werden konnte, was es ist, um davon ausgehend an seiner Abschaffung weiter zu arbeiten.

JEDER SEINES GLÜCKES SCHMIED?

Mit der Wiedervereinigung 1990 hat Deutschland einen Schlusstrich unter den defensiven Umgang mit seinem virulenten Nationalismus und Großmachtstreben gezogen. In den Verhandlungen mit den ehemaligen Siegermächten über den sogenannten 2+4 Vertrag, der als Ersatz für einen Friedensvertrag die letzte Möglichkeit war, Reparationszahlungen geltend zu machen, fielen noch offene Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg unter den Tisch. Dass sich Deutschland gegenüber Griechenland aufgrund seiner Besatzungs- und Ausbeutungszeit während dem NS noch heute in einem Schuldnerstatus befindet, Kalkulationen sprechen von 100 bis 300 Mrd. € konnte so verdrängt und verschwiegen werden. Die Frage der historischen Schuld(en) passte so gar nicht in den völkischen Freudentaumel, der mit der Einheit entbrannte. Auch der Nachwende-Rassismus machte auf einer gesellschaftlichen Ebene klar, wer „das Volk“ war und wem gegenüber es sich verpflichtet fühlte. Migrantische Communities im Zuge der „Gastarbeiter*innen“-Immigration und politisch Geflüchteter blieben außen vor und wurden fremd gemacht im eigenen Land. Der Stolz der Biodeutschen auf das eigene Land und zu was man es seit den Trümmerhaufen von 1945 gebracht hatte, vergaß, wem die eigene Lage zu verdanken war. Bedingt durch die geopolitische Position Westdeutschlands im Kalten Krieg und die Expansionszwänge des Kapitalismus nahmen die antikommunistischen Länder eine solidarische Position zur BRD ein, die dieser zu wirtschaftlicher Stärke verhalf. Wenige Jahre nachdem Deutschland Europa in seine Barbarei zwängte waren es zudem ab 1960 unter anderem auch griechische Gastarbeiter*innen, die Deutschlands Wirtschaftswachstum als günstige Arbeitskräfte befeuerten und Deutschland in die vorderen Positionen der nationalen Konkurrenz schoben. Schon damals sorgte dies gleichzeitig für eine Schwächung der griechischen Wirtschaft, eine Struktur, die sich jüngst seit Ausbruch der deutschen Krisenpolitik wiederholt. Während Deutschland Europa in Schutt und Asche gelegt hatte und danach als Vorposten gegen den Ostblock eifrig Aufbauhilfe erhielt, ging es mit dem Aufbau der von Deutschland zerstörten Länder schlecht voran. Das hierfür nötige Geld konnte zumindest nicht mehr von der Täternation erwartet werden, 1953 wurde bei einem Sondergipfel in London beschlossen, 60 Prozent von Deutschlands Schulden zu streichen, Moratorien einzuführen und Rückgabefristen bis zu einem zukünftigen Friedensvertrag, der später durch eben jenen 2+4 Vertrag ersetzt werden sollte, zu verlängern. Dies ging zulasten von Gläubigern wie Griechenland, das keine Reparationszahlungen erhielt. Absurderweise ist es Griechenland, dass seit den siebziger Jahren bei

deutschen Banken Schulden aufnimmt. Dabei muss vergewenwärtigt werden, wie gewaltig die Zerstörungen Nazi-Deutschlands in Griechenland waren.

DEUTSCHER TERROR

Am 6. April 1941 begann Deutschland seinen Balkanfeldzug, der aus kriegswirtschaftlichen Strategien als Beutezug für die deutsche Armee (vor allem für die Militäroperationen in Nordafrika und der Nahost-Region) organisiert wurde. Unter der deutschen Besatzung wurde Griechenland rücksichtslos ausgeplündert und aller wirtschaftlich wichtigen Rohstoffe und Waren wie Erze, Öl, Baumwolle, Seide und Tabak beraubt. Treibstoffe, Lebens- und Transportmittel sowie sämtliche Maschinen von Bergbau- und Industriebetrieben wurden umgehend beschlagnahmt und abtransportiert, was einen Prozess der umfassenden Deindustrialisierung einleitete. Hinzu kamen die ständig steigenden Forderungen nach zinslosen Darlehen bei der griechischen Nationalbank und die Besatzungskosten, für die hauptsächlich die Zivilbevölkerung aufkommen musste. Die 1943 monatlich verlangten 78 Reichsmark pro Kopf waren die höchste Summe im gesamten deutschen Besatzungsgebiet. Die griechische Wirtschaft und die in die Inflation getriebene Währung wurden damit vollständig und nachhaltig zerstört. Auch in Griechenland verfolgten die Deutschen ihr Vorhaben der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden: Die deutschen Behörden ließen 65.000 griechische Jüdinnen und Juden in Vernichtungslager deportieren. Wegen unablässiger Plünderungen und Konfiszierungen (50 Prozent der Mais- und Gersten-, 40 Prozent der Weizenproduktion), Preissteigerungen und durch den Krieg bedingte Missernten starben mehrere Hunderttausend Griech*innen an Hunger. Die Säuglingssterblichkeit lag bei 80 Prozent. Der Widerstand gegen das deutsche Besatzungsregime ließ auch unter den widrigsten Umständen und der bedrängenden Notsituation der Bevölkerung nicht nach. Um diesen Widerstand zu brechen, verübte die Wehrmacht Geiseler-schießungen und Massaker an der Zivilbevölkerung und äscherte ganze Ortschaften ein.

EUROPA ALS VORGARTEN

Vor diesem Hintergrund war das seit den fünfziger Jahren begonnene Bestreben einer europäischen Integration vorrangig die Domesticierung Deutschlands, um mittels Einbindung in ein europäisches Wirtschaftssystem das von Deutschland ausgehende Bedrohungspotential langfristig einzuhegen. Die hierfür geschaffenen Strukturen und Institutionen, nicht zuletzt die EU-Gründung von 1992 kurz nach

der Wiedervereinigung, vermitteln allerdings spätestens seit den neunziger Jahren die Vorherrschaft Deutschlands und seiner Verbündeten in den EU-Institutionen selbst. Unter anderem sieht man dies an der Implementierung der deutschen ordoliberalen Ideologie im Vertrag von Maastricht: Hier wurden nicht nur die von Deutschland geforderten Stabilitätskriterien festgeschrieben, sondern auch die Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank konstruiert, deren Priorität es ist, die Inflation niedrig zu halten. Andere Beispiele für in deutschem Interesse geschlossene EU-Verträge sind der Fiskalpakt und die Dublin-II-Verordnung.

Die Interessen von deutscher Politik und Kapital, das dieser zweckdienlich ist, werden auch in der Wirtschaftskrise in den EU-Gremien rigoros durchgesetzt und die deutsche Staatsräson bildet eine harte Linie gegenüber „schwächelnden“ Mitgliedsländern, die für ihre missliche Lage bekanntermaßen selbst die Schuld trügen. Die deutsche Hegemonie in Europa geht mit einer ökonomischen Struktur einher, die andere Länder zu Schuldnern Deutschlands machte. Mittels des liberalisierten Binnenmarkts ermöglichte der europäische Rahmen der deutschen Exportwirtschaft einen massiven Überschuss in der Außenhandelsbilanz. Länder wie Griechenland gerieten so in eine verfestigte Importabhängigkeit gegenüber deutschen Produkten und bezahlten dieses Bilanzdefizit mittels Krediten. Ohne die Schulden Griechenlands, Spaniens, Italiens etc. hätte die deutsche Exportwirtschaft keinen Erfolg gehabt. Nicht zuletzt die Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat gezeigt: Auch in der Krise profitiert Deutschland von den Schulden Griechenlands, und das nicht zu knapp. Diese Schulden basieren selbst zu einem Teil auf deutschen Krediten, das heißt Gewinne des deutschen Kapitals wurden durch die Schulden der südeuropäischen Länder mitfinanziert. Das ist der Grund, weshalb es in den Krisenlösungsszenarien so gut wie nie um Schuldenerlasse geht. Seither fungiert die Verschuldung als Legitimationsargument für Entdemokratisierung und der autoritären Einmischungen des Gläubigers Deutschland.

Dies nutzt Deutschland zu einer Umgestaltung Europas im Sinne menschenfeindlicher, der totalen Verwertbarkeit unterworfenen Verhältnisse. Aber nicht nur die abstrakt-allgemeine Wettbewerbsfähigkeit hängt als Ikone an der Wand, mit Fraport hat beispielsweise ein deutsches Staatsunternehmen die Kontrolle über 14 wichtige Flughäfen in Griechenland übernommen, um das was an Profit in Griechenland geht, heim zu holen. Nebenher wird das Prekarisierungsprogramm der „Agenda 2010“ zum neuen allgemeinen Lebensstandard und Griechenland zum Experimentalfeld einer ohne militärischem Einmarsch besetzten Gesellschaft. Gegen die ei-

gene Realität von Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, Behördenschikanen und Rassismus wird so das Bild der Wohlstandsscholle Deutschland gezeichnet.

ALLES FÜR DAS VATERLAND

In Deutschland selbst scheint die Krise durch die Brille nationalistischer Verblendung mit schaurigem Wohlbehagen betrachtet zu werden: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen, immer noch. Vor allem nicht jetzt, nicht in der Krise darf der deutsche Motor stottern. Stattdessen werden hierzulande alle auf die deutsche Standortgemeinschaft eingeschworen, sei es durch die Schreckensbilder des sozialen Abstiegs in Griechenland oder durch sozialchauvinistische Hetze gegen, in Kontinuität des NS-Jargons, „Asoziale“, HartzIV-Bezieher*innen und Menschen, die als „Nicht-Deutsche“ angesehen werden. Diese Stimmung hilft auch in der deutschen Bevölkerung niedrige Löhne und Sozialkürzungen zu rechtfertigen. Diese stellen die hausgemachten Grundlagen der deutschen Exportwirtschaft dar. Die dadurch in Position gehaltene Profitabilität der Exporte Deutschlands steht mit dem Klassenkampf nach Innen in einem wechselseitigen Verhältnis: Dass die deutsche Wirtschaft vorrangig vom Export „ihrer“ Waren lebt, sorgt gleichzeitig dafür, dass es weniger Druck auf die Kaufkraft im Binnenmarkt gibt, das Lohnniveau also aus Sicht der Unternehmen auch perspektivisch stagnieren oder sinken darf. Und so wie das Wegrationalisieren sozialer Errungenschaften durch die Agenda 2010 als Vorbild für das sogenannte Austeritätsregime in Griechenland, Spanien, etc. dient, ist die Grundlage für das nächste Austeritätsregime nach Innen bereits gelegt: Wenn es in Südeuropa ohne Arbeitsschutz, Sozialversicherung und mit 600€ Lohn im Monat geht, dann muss das auch hierzulande drin sein, um in der globalen Konkurrenz durchzuhalten. Die antisoziale Politik der Agenda 2010 wird so im Zuge der Krise nachträglich zu einer Erfolgsstory. Dass es vor diesem Hintergrund in anderen Ländern überhaupt zu Protesten kommt, mag aus der deutschen, sich mit jeder Staatsräson identifizierenden Perspektive verwundern. Man liest von Streiks und Straßenkämpfen wie aus fernen Galaxien. Die hiesige Interessenvertretung der Arbeiter*innen, die Gewerkschaften, scheinen mit ihren südeuropäischen Genoss*innen nicht mehr als die Bezeichnung gemeinsam zu haben. Sie legitimieren ihre zahmen Forderungen gegenüber den Mitgliedern mithilfe der Standortkonkurrenz und pflegen ihre alte Tradition korporatistischer Zusammenarbeit mit dem deutschen Kapital. Ob sich mit den wachsenden Streiks in letzter Zeit und dem Aufkündigen des Kuschelkurses durch die GdL hier eine Wende vollzieht, bleibt abzuwarten.

FLUCHTPUNKT ANTINATIONALISMUS

Gerade jetzt wäre ein linker, solidarischer Antinationalismus ein wichtiger Ausgangspunkt einer Praxis gegen die deutschen Zustände 2015. Die deutsche Geschichte und ihre Kontinuitäten in der Krisenpolitik zeigen: Linke Arbeitsteilung in Antira, Antifa, Antikap und Krisenprotest macht sowohl praktisch als auch inhaltlich dann keinen Sinn, wenn sich auf die jeweils eigene Analyse und Praxis zurückgezogen wird und untrennbare Zusammenhänge verkannt werden. Es gilt darüber hinaus eine Perspektive aufzuzeigen, die sowohl antistaatliche als auch gesellschaftliche Interventionen verbindet. Eine emanzipatorische Praxis braucht dabei Sammlungspunkte, wie eine starke Demo gegen den deutschen Nationalfeiertag, genauso wie einen kontinuierlichen Einsatz im Handgemenge. Die konkrete Praxis gegen rassistische Mobilisierungen und Nazi-Terror, gegen chauvinistische Hetze und gegen autoritäre Regierungspolitiken sollte hierbei aber nie „nur“ als antirassistische, antikapitalistische etc. betrachtet werden, sondern muss zugleich antinational gedacht werden. Nur so kann effektiv an die Forderungen nach Solidarität über die Grenzen des Staates hinaus, wie sie von der Refugee-Bewegung ebenso wie von emanzipatorischen Kämpfen in Südeuropa aufgebracht werden, angeknüpft werden. Wir stellen uns gegen das Ammenmärchen von der deutschen Fleißmeierei und dem deutschen Wirtschaftswunder. Wir wollen kein Kollektiv, dass auf Nation oder Volk beruht. Kämpfen wir dafür.

25 JAHRE DEUTSCHE MORDE

von **Autonome Neuköllner Antifa** (ANA)
antifa-neukoelln.net

„Eine Veränderung der Arbeit der Ermittlungsbehörden können wir nicht feststellen.“ Burak Bektas und die fehlende antirassistische Perspektive von Polizei und Radikaler Linke

Am 05.04.2012 werden Burak, Jamal, Alex und zwei weitere Freunde von einem bewaffneten Mann auf offener Straße angegriffen. Es fallen mehrere Schüsse, Burak erliegt seinen schweren Verletzungen, Jamal und Alex überleben schwer verletzt. Bis heute ist kein Täter ermittelt, das Tatmotiv bleibt unklar.

Ein halbes Jahr zuvor enttarnen sich die neonazistischen Terroristen rund um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Die Verfahren u.a. gegen Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben laufen derzeit. Obwohl beim Mord an Burak das Tatmotiv bis heute unklar ist, erweisen sich Parallelen zu den Taten des NSU. Wie bereits in den Jahren zuvor, wird im persönlichen Umfeld von Burak ermittelt, ein rassistischer Tathintergrund wird zuerst nicht angenommen, Polizei und Anwältin verunsichern die Familie, die ein rassistisches Motiv zunächst nicht annehmen möchte.

Der Mord an Burak erscheint auf den ersten Blick womöglich als ein regional bedeutsamer und hat nicht viel mit Deutschland zu tun. Dass dem nicht so ist, wird in dem vorliegenden Interview deutlich. Rassistische Morde geschehen in Deutschland auch nach der Selbstenttarnung des NSU. Es ist die Aufgabe der Ermittlungsbehörden Rassismus immer als Tatmotiv in Betracht zu ziehen, wenn in Deutschland ein*e Migrant*in, ein*e Geflüchtete*r oder eine nicht-weiße Person ermordet wird. Die antifaschistische und antirassistische Linke darf dazu nicht schweigen, sondern muss Rassismus als Tatmotiv und rassistische Ausblendungen als Element der Ermittlungsarbeit benennen und bekämpfen.

Die tatsächlichen Brandstifter und Mörder können nur ungestört handeln, wenn das Netz aus Alltagsrassismus, rassistischen Institutionen und dem Schweigen der Mehrheit weiterhin dicht gewebt bleibt. Dazu haben wir ein Interview mit einer Vertreterin der „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektas“ geführt.

Hi, vielleicht kannst Du zum Einstieg die Initiative kurz vorstellen und erzählen, wie es zu der Gründung kam und was Ihr bisher politisch gemacht habt?

Die „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektas“ gibt es seit November 2012. Sie hat sich also ein halbes Jahr nach dem Mord an Burak gegründet. Anlass zur Gründung war eine Diskussion im Freundeskreis über Parallelen der Tat zu den NSU-Morden, ob der Mord als Nachahmungstat verstanden werden muss, oder ob er gar eine von verbliebenen Mittätern des NSU begangene Tat gewesen sein könnte. Parallelen zum NSU gab es sowohl bei der Tat selbst, als auch bei den Ermittlungen der Behörden und der Presseberichterstattung zu dem Fall. Die Diskussion war durchaus kontrovers. Einige hatten noch sowas wie ein Restvertrauen in den Rechtsstaat, während Andere die Position vertraten: Am NSU sieht man, dass Menschenrechte in Deutschland nur bestimmten Menschen gelten: z.B. vor (rassistischer) Gewalt geschützt zu werden. Die ursprüngliche Idee, die daraus entstand, war, einen Kongress zu veranstalten. Dieses Vorhaben hat sich wegen eines Mangels an Ressourcen zerschlagen, aber daraus ist schließlich eine kontinuierlich zu dem Thema arbeitende Gruppe entstanden. Die Initiative besteht im Moment aus antirassistischen Gruppen, Einzelpersonen aus dem Antifa-Kontext, dem Kreuzberger Verein Allmende, Menschen aus dem Kiez, Künstler*innen und auch Reachout, der Beratungsstelle für Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt. Wir haben seitdem zu den Jahrestagen des Mordes Demonstrationen gemacht und versucht, durch monatliche Mahnwachen an verschiedenen Orten in Berlin einen Anlaufpunkt zu schaffen und auf den Fall aufmerksam zu machen. Außerdem haben wir von Anfang an versucht, Kontakt mit den Angehörigen von Burak aufzunehmen, was uns dann auch gelungen ist.

Die Initiative ist, wie Ihr in eurem Selbstverständnis schreibt, auch das Ergebnis einer Selbstreflexion bisheriger antifaschistischer und antirassistischer Praxen. Was waren die größten Herausforderungen dabei? Was habt Ihr anders gemacht als vorher?

Das Hauptproblem war zunächst, den Kontakt zu der Familie und den Freunden von Burak zu bekommen. Während sich Antifa-/Antira-Politik häufig darüber definiert, dass Linke gemeinsam etwas für z.B. Flüchtlinge machen und über Betroffene rassistischer Gewalt sprechen, war es uns sehr wichtig, etwas mit den Betroffenen zusammen zu machen. Das war zunächst erst einmal schwierig. Es gab kulturelle, sozialisationsbedingte, schichtspezifische Unterschiede, die zunächst überwunden werden mussten. Die antifaschistische/antirassistische Linke in Deutschland ist ja in sich relativ homogen, weiß, „bioddeutsch“, in der Mittelschicht positioniert und hat eine bestimmte politische Sozialisation hinter sich. Was bei Betroffenen rassis-

tischer Gewalt wie bei der Familie von Burak so erst einmal nicht der Fall war. Die Familie war am Anfang uns gegenüber sehr skeptisch und hatte Angst vor einer Instrumentalisierung. Was dazu kam war, dass ihnen die Polizei ganz klar davon abgeraten hat, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir wurden in PKK-Nähe gestellt. Auch die Anwältin, die die Familie am Anfang hatte, hat vor einer Zusammenarbeit gewarnt: Die Polizei würde dann böse auf die Familie werden und nicht mehr richtig ermitteln. Es war ein langer Atem und sehr viel Geduld notwendig, um den Kontakt herzustellen. Vertrauen konnte schließlich darüber aufgebaut werden, dass wir uns immer wieder mit der Familie getroffen haben und die Angehörigen gemerkt haben, dass wir mit ihnen zusammen und in ihrem Interesse aktiv sein wollen. Seitdem ist die Zusammenarbeit sehr gut und kontinuierlich.

Du hast die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen der deutschen antirassistischen Linken und den Betroffenen rassistischer Gewalt angesprochen. Bekommt Ihr bei Eurer Arbeit eigentlich ausreichend Unterstützung aus der „biodeutsch“ geprägten radikalen Linken in Berlin?

Zunächst muss gesagt werden, dass unsere Initiative von „biodeutschen“ Gruppen geprägt ist. Trotzdem, dafür dass es ein Mord war und er in einem Bezirk stattfand, der im Moment eine Hochburg von linken Gruppen in Berlin ist, hat der Fall relativ wenig Aufmerksamkeit bekommen. Wir können uns nicht über mangelnde Resonanz in den etablierten Medien beklagen. Es gibt regelmäßig Presseanfragen, ohne, dass wir dafür besonders viel tun müssten. Für die linke bis linksradikale Öffentlichkeit kann das nicht unbedingt behauptet werden. Bei den Demos, die wir gemacht haben, waren nie mehr als 500 Leute und diese 500 Leute haben sich zum großen Teil nicht zusammengesetzt aus linker Szene, sondern aus Nachbar*innen von Burak und dem Umfeld der Angehörigen.

Lass uns kurz bei dieser Frage bleiben. Was denkt Ihr denn, was die Gründe für diese überschaubare Beteiligung aus der linken Szene sind? Liegt es an der erwähnten Differenz zu den Angehörigen, oder hat das eher mit strukturellen Gründen zu tun: Der Art von vielen linksradikalen Gruppen Politik zu machen - nicht langfristig zu einem Thema zu arbeiten, sondern mit wechselnden Kampagnen zu verschiedenen Themen – oder hat es auch mit selbst verinnerlichten Rassismen zu tun?

Natürlich hat die schwache Resonanz in der Szeneöffentlichkeit mit einer vorhandenen rassistischen Spaltung in der Linken zu tun. Antirassistische/antifaschistische Gruppen sind immer noch „biodeutsch“ dominiert. Im Fall von Burak ist es so, dass weder Burak noch seine beiden Freunde, die bei der Tat schwer verletzt wurden, einen weißdeutschen Hintergrund haben. Der Impetus für eine linksradikale Mobilisierung „Es hatte Leute von uns getroffen“, wie etwa bei Silvio Meier, funktioniert hier nicht. Die Opfer sind einfach nicht die, aus denen die linken Gruppen bestehen. Ein weiterer Grund liegt in dem Mord selbst. Der Fall ist bis heute nicht aufgeklärt. Es ist nicht klar, ob es sich um einen von einem Neonazi begangenen Mord handelt. Das bedeutet für unsere Arbeit, dass wir nicht wirklich klare Aussagen treffen können, sondern darauf angewiesen sind, immer wieder Fragen zu stellen. Wir können die Arbeit der Ermittlungsbehörden kritisieren, aber wir können uns nicht hinstellen und sagen „Das war ein rassistischer Mord“. Die vielen Unklarheiten sorgen dafür, dass es für viele Linke nicht so attraktiv ist, sich zu engagieren. Linke Politik ist lange Stellvertreter*innenpolitik gewesen. Erst in den letzten Jahren hat teilweise ein Umdenken begonnen, dass es notwendig ist, zu versuchen, mit den Betroffenen gemeinsam Politik zu machen. Dazu gehört auch, Unterschiede auszuhalten und zu akzeptieren, dass mensch nicht in allen politischen Positionen übereinstimmt. Sich an einem Punkt zu treffen und sich darauf einzulassen, dass muss, wenn mensch anders politisch sozialisiert ist, erst mal erlernt werden.

Spielt hier vielleicht auch das anfangs erwähnte Restvertrauen in den Rechtsstaat eine Rolle, etwa wenn vor allem nicht-weißdeutsche antirassistische Gruppen fordern, dass bei jedem Mord an einem „Nicht-Biodeutschen“ so lange von einem rassistischen Mord ausgegangen werden muss, bis das Gegenteil erwiesen ist?

Teilweise sicherlich schon, aber ich denke, dass in der Auseinandersetzung mit dem NSU in den letzten Jahren dazugelernt wurde. Natürlich könnte die Auseinandersetzung mit dem NSU in der radikalen Linken noch weitaus breiter sein. Aber viele Sachen, die für Linke theoretisch ohnehin schon immer klar schienen – wie etwa die Verstrickungen des Verfassungsschutzes und der Neonaziszene und rassistische Verzerrungen bei den Ermittlungen der Behörden – sind mit der Mordserie des NSU real geworden. Da findet ein Prozess statt. Gleichzeitig bewegen wir uns natürlich auf einem schmalen Grat. Auf der einen Seite kann mensch sehr gut begründen, dass, wenn in dieser Gesellschaft Migrant*innen ermordet werden, dann zuallererst geprüft werden muss, ob es sich um einen rassistischen Mord ge-

handelt hat. Auf der anderen Seite kann es nicht darum gehen, mit Spekulationen vorzupreschen, die nicht stimmen. Verschwörungstheorien beginnen dann, wenn bei jedem dieser Morde, die nicht aufgeklärt werden können oder ein Täter ermittelt wird, der kein Nazi oder Rassist ist, eine pauschale Verschwörung der Ermittlungsbehörden und der Öffentlichkeit gewittert wird. Es geht darum, stichhaltige und fundierte Argumente für die eigene Kritik an Ermittlungsbehörden, Politik und Gesellschaft zu haben und gleichzeitig den vermeintlich objektiven Status quo in der Wahrnehmung solcher Taten zu hinterfragen und den strukturellen Rassismus in der Gesellschaft zu thematisieren.

Ihr arbeitet ja auch mit anderen Betroffenen-Initiativen rassistischer Gewalt zusammen. Wie sieht die Vernetzung konkret aus und wo bestehen da Gemeinsamkeiten?

Es gibt eine bundesweite Vernetzung der Initiativen, die sich unabhängig von uns gegründet hat und zu der wir später dazu gestoßen sind. Dort geht es vor allem darum, die verschiedenen Gruppen, die zu diesem Thema arbeiten, zu vernetzen. Bei den Treffen werden bundesweit „Know-How“ und Erfahrungen aus der lokalen Arbeit ausgetauscht. Das neueste Projekt dieser Vernetzung ist es, ein Tribunal abzuhalten, das nach dem Ende des NSU-Prozesses in München stattfinden soll. Unser Interesse ist es, über die Vernetzung mit Initiativen in Kontakt zu kommen, die mit Angehörigen der Opfer des NSU arbeiten. Unsere konkreten Fragen dabei sind: Wie bindet Ihr die Angehörigen in eure Arbeit ein? Wie sind die Entscheidungsprozesse? Wie können Angehörige bestärkt werden? Den Eltern von Burak beispielsweise fehlte häufig schlicht die Kraft, etwa mit nach München zu fahren, als wir unsere Mahnwache dort vor dem Gerichtsgebäude gemacht haben. Denn wenn wir es nicht schaffen, die Angehörigen mit ins Boot zu holen, sind wir mit unserem politischen Anspruch gescheitert. Uns ist die Frage wichtig, wie verhindert werden kann, dass Gedenken institutionalisiert und staatlich vereinnahmt wird. Wie können wir in unserer Arbeit unabhängig und kritisch gegenüber dem Staat bleiben?

Wir haben schon viel über Schwierigkeiten in Eurer Arbeit gesprochen. Ein anderer Faktor ist sicherlich die Zeit. Der Mord an Burak ist nun schon mehr als drei Jahre her. Es wird zukünftig sicherlich nicht einfacher, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wo sieht die Initiative die langfristigen Perspektiven ihrer Arbeit?

Die öffentliche Aufmerksamkeit, da habt Ihr Recht, wird mit der Zeit sicherlich nicht mehr werden. Ein wichtiger Punkt für die Zukunft ist der Gedenkort, den wir auf Wunsch der Familie am Tatort schaffen wollen. Hierdurch bietet sich die Möglichkeit, noch einmal eine Kampagne in der Nachbarschaft zu starten, um dort mehr Bewusstsein zu schaffen. Wir haben natürlich vor, möglichst lange durchzuhalten und die Arbeit der Behörden kritisch zu begleiten. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass es irgendwann doch noch mal neue Hinweise gibt. Die Familie und wir werden in der Zwischenzeit von sehr engagierten Anwälten unterstützt, die auch Nebenkläger im NSU-Prozess vertreten, die immer wieder Fragen an die Staatsanwaltschaft stellen. Wir wollen die Behörden dort nicht aus der Verantwortung entlassen.

Erfolgslebnisse sind wichtig, um die Motivation aufrecht zu erhalten. Habt Ihr den Eindruck, Eure Arbeit und die von ähnlichen Initiativen hat bereits etwas bewirkt?

Eine schwierige Frage. Ich würde sagen, wenn es unsere Initiative nicht geben würde, hätte der Fall von Burak heute keine öffentliche Aufmerksamkeit mehr. Dass der Innensenator Frank Henkel sich immer wieder im Abgeordnetenhaus dazu äußern muss, dass es dort Abgeordnete gibt, die am Thema dran bleiben, ist unserer Arbeit geschuldet. Auf der Ebene der Ermittlungsbehörden sind hingegen, bezogen auf Buraks Fall, keine Veränderungen ersichtlich geworden. Stattdessen sind wir damit konfrontiert, dass die Polizei den Fragen ausweicht und Antworten unter Verweis auf die angeblich noch laufenden Ermittlungen verweigert werden. Unser Eindruck ist, dass die Akten nur noch offen gehalten werden, um einen Grund zu haben, sich nicht äußern zu müssen. Faktisch ist aber unser Eindruck und der des Anwaltes der Familie, dass gar nichts mehr passiert. Wir hatten zum Beispiel gefordert, dass als Konsequenz aus dem NSU bundesweit ermittelt wird, was etwa Tatverdächtige in der Neonaziszene oder die Tatwaffe angeht. Ein Abgleich mit bundesweiten Datenbanken hat aber unseres Wissens nach nie stattgefunden. Auch in der Informationspolitik gegenüber den Angehörigen hat sich nach unserem Eindruck nichts geändert. Es ist so, dass Melek und Ahmet, die Eltern von Burak, bei der Polizei anrufen müssen, wenn sie den aktuellen Stand der Ermittlungen erfahren wollen. Gerade ist ein Bericht des Polizeipräsidenten veröffentlicht worden zu den Konsequenzen, die die Berliner Polizei aus dem NSU gezogen hat. Was auf den 44 Seiten steht, ist nicht sonderlich substantiell. Aber selbst das wurde im Fall von Burak unserer Meinung nach nicht umgesetzt.

Stichwort Politisierung. Ihr hattet am Anfang die Ängste der Angehörigen vor einer Politisierung des Falls angesprochen. Gleichzeitig liegt es für Menschen, die aus der radikalen Linken kommen, natürlich sehr nah, den Fall auch politisch aufzugreifen. Wo verortet Ihr Euch da? Sehr Ihr Eure Arbeit auch ein Stück weit als praktische Kritik an den deutschen Zuständen?

Praktische Kritik ist es insofern, dass wir dazu beitragen wollen, dass eine radikale Linke lernt, in ihrer Kritik stärker auf die Stimmen der Betroffenen zu hören. Das macht für linksradikale Politik total Sinn, allein wenn mensch auf die Demo „Kein zehntes Opfer“ in Kassel schaut, die es noch vor der Selbstenttarnung des NSU gab. Dort waren keine linksradikalen Gruppen. Sondern die Angehörigen sind auf die Straße gegangen. Unsere Forderung an die radikale Linke ist, die Opfer von rassistischer Gewalt bzw. die Angehörigen von Opfern rassistischer Morde nicht alleine zu lassen. Unsere Forderungen richten sich aber natürlich auch an die deutsche Gesellschaft und den Staat. Wir fordern von den Behörden z.B., dass mit dem gleichem Engagement ermittelt werden muss, egal wer das Opfer ist. Wir unterstützen auch die Maßnahmen, die die verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse als Konsequenz für staatliches Handeln nach dem NSU fordern. Wir gehen natürlich aber noch weiter. Wir wollen, dass gegen Rassismus sowohl auf struktureller als auch auf einer alltäglichen Ebene vorgegangen wird. Vor allem geht es uns darum, Opfern rassistischer Gewalt Gehör zu verschaffen, ihnen zu Gedenken und sichtbar zu machen, dass tödliche rassistische Gewalt in Deutschland immer noch existiert.

Auch die Medien wurden für ihre Berichterstattung im Zusammenhang mit den Morden des NSU vielfach zu Recht kritisiert. Wie sieht es Eurem Eindruck nach mit Veränderungen in der Presseberichterstattung über rassistische Gewalt aus?

Einen systematischen Vergleich können wir natürlich nicht leisten. Aber es gibt durchaus Beispiele, die uns daran zweifeln lassen. Thorsten Mandalka etwa arbeitet beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Er berichtet schon seit längerem immer wieder über den Fall. Nun hat er über unsere Infoveranstaltung am Anfang dieses Jahres einen, aus unsere Sicht, sehr unglücklichen Bericht gemacht. Darin hat er sich über uns lustig gemacht und uns in die verschwörungstheoretische Ecke gestellt. Hier merkt mensch zwar, dass berichtet wird. Aber ob sich wirklich was an der Einstellung dahinter geändert hat und ob die Medien wirklich realisiert

haben, welche Rolle struktureller Rassismus spielt, steht offensichtlich auf einem ganz anderen Blatt. Es hat bei den Medien schon etwas verändert, etwa was die Aufmerksamkeit für rassistische Gewalt angeht. Aber ob eine Veränderung in den Köpfen der Medienmachenden stattgefunden hat, da wären wir eher skeptisch.

Zum Abschluss: Gibt es Möglichkeiten, Eure Arbeit aktiv zu unterstützen und wenn ja, wie?

Es gibt bei uns eine Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Gedenkortes, die momentan noch in den Kinderschuhen steckt. Da suchen wir immer Leute, die dort mitmachen wollen und uns unterstützen: Sowohl was die ganz praktische Umsetzung von einem Denkmal angeht, also Geld aufzutreiben, Kostenvoranschläge einholen, Genehmigungen zu beantragen, als auch in der Öffentlichkeitsarbeit drum herum. Wir hatten zum Beispiel die Idee, ein Projekt an einer Schule in dem Kiez zu machen, wo der Tatort ist und wo Burak gelebt hat. Eine weitere Idee ist die Vernetzung mit Kiezinitiativen, die etwa zur Neonaziszene vor Ort arbeiten. Auch für die Initiative suchen wir weiter Mitstreiter*innen. Wir sind zwar genug Leute, um arbeitsfähig zu sein, aber wir können bestimmte Sachen nicht machen, weil wir nicht genug Leute haben. Geld brauchen wir natürlich auch immer, um weiterarbeiten zu können.

Vielen Dank für das Gespräch und Eure Zeit.

MIT BEITRÄGEN VON

***ANDERE ZUSTÄNDE ERMÖGLICHEN [*AZE]**

ALKI [FREIER JOURNALIST IN KÖLN]

AUTONOME NEUKÖLLNER ANTIFA [ANA]

HERAUSGEGEBEN VON



THEORIE, KRITIK & AKTION | BERLIN [TKA]

TKA.BLOGSPORT.DE